

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe januar 2004



thema spezial: liberale perspektiven für berlin

Herausgeber, V.i.S.d.P.

Harald Berzl
Vorsitzender des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Leipziger Straße 61
10117 Berlin
Tel./Fax: 030 - 208 24 19
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Ständige Autoren

Nils Augustin, Harald
Berzl, Violetta Hartmann,
Gaby Heise, Kathrin Jung,
Jan Losemann, Erwin Loß-
mann, Martin Matz, Dörte
Other, Peter Pawlowski,
Martina Rozok, Henner
Schmidt, Sascha Tamm,
Johannes Winter

Autoren dieser Ausgabe

Stefan Beißwenger, Bern-
hard Elias, Maren Jasper,
Ingo Kamps, Martin Lind-
ner, Markus Löning, Mieke
Senfleben, Tim Stuchtey

FDP in Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.liberalweb.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-
zeichen geben die Meinung
ihres Autors wieder, nicht
die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe januar 2004

www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,
das Geleitwort diesmal ganz in eigener Sache:

Zum zweiten Mal nach der Europa-Ausgabe vom September ist
eine Ausgabe von Liberal Central als Themenausgabe gestaltet:
„Liberale Perspektiven für Berlin“ sind das Thema, das acht Ber-
liner Parteifreunde, darunter vier aus Mitte, in dem vorliegenden
Blatt kommentieren.

Dafür – und weil über den Jahreswechsel nix los war – entfällt in
dieser Ausgabe die Rubrik „Zum Thema“, und die Rubriken
„Berichte aus Mitte“ und „Personalien“ haben weniger Umfang
als üblich.

Sollten Sie in dieser Ausgabe Beiträge unserer vielgeliebten Auto-
ren Gaby Heise und Henner Schmidt vermissen, so sei Ihnen
versichert, dass die stellvertretende Landesvorsitzende und unser
BVV-Fraktionschef wohl auf sind – Winterurlaub und Beruf.

Im Übrigen wird **Redaktionsschluss** für Liberal Central künftig,
beginnend mit der kommenden Februar-Ausgabe, der **erste Tag**
jedes Monats sein (bisher: der fünfte Tag).

Entschuldigen möchte ich mich dafür, dass aufgrund einer Ver-
kettung unglücklicher Umstände die Print-Auflage der Dezember-
Ausgabe erst mit der Januar-Ausgabe versendet werden konnte.
In diesem Zusammenhang nochmals mein Appell: Sofern Sie LC
per Post erhalten, hat der Bezirksverband keine e-mail-Adresse
von Ihnen. Bitte teilen Sie uns nach Möglichkeit eine solche mit -
nicht nur können Sie LC dann stets etwa eine Woche früher lesen,
sondern der Verband spart auch Geld für Druck und Porto, das
er an anderer Stelle für die politische Arbeit einsetzen kann.

Abschließend möchte ich noch unsere neu gestaltete Webseite
www.fdp-mitte.de Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen. Ich denke,
dass das Ergebnis sich sehen lassen kann. Dabei können sich alle
Beteiligten insbesondere auch zu einem Pfeiler fruchtbarer und
professioneller Kooperation von Verband und BVV-Fraktion
gratulieren – das macht Appetit auf mehr.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Ich verabscheue alles, was Sie sagen,
aber ich würde mein Leben dafür geben,
dass Sie es sagen dürfen.

Voltaire

Lagebericht des Vorsitzenden

Auf ein erfolgreiches 2004

von *Harald Berzl*



Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2004. Ich wünsche uns allen die richtigen Ideen und eine glückliche Hand bei der politischen Arbeit. Danken möchte ich an dieser Stelle auch all denen, die durch ehrenamtliches Engagement liberale politische Arbeit der Partei und in den Parlamenten erst ermöglichen

Das Jahr 2004 wird für die Bundes-FDP viele Anstrengungen bedeuten. Sie muss 14 Wahlkämpfe bestehen: Die Europawahl, fünf Landtagswahlen und acht Kommunalwahlen. Dies bedeutet eine große Herausforderung. Es warten bereits jetzt wieder viele Aufgaben auf uns (Satzungsdiskussion, Europawahlen usw.), so dass wir gleich am Anfang des Jahres mit der Arbeit beginnen wollen.

Für uns in Berlin und im Bezirksverband Mitte stehen nun aber erst mal die Wahlen zum Europäischen Parlament an. Am 17. Januar 2004 wird sich in Saarbrücken zeigen, welche Kandidaten auf der Bundesliste ganz oben stehen. Wir drücken Stefan Beißwenger kräftig die Daumen, wünschen ihm für seine Kandidatur auf dem Europatag alles Gute und hoffen, dass er als Berliner Spitzenkandidat den Platz erhält, der es ihm ermöglicht, in das Europäische Parlament einzuziehen, um dort liberale Politik in Europa für Berlin zu machen.

Der Bezirksverband wird das Thema Europa bei seinen Veranstaltungen gezielt aufgreifen und den Wahlkampf aktiv begleiten. Wir sollten dabei auch nicht immer unbedingt auf „richtungsweisende Erläuterungen und Vorgaben“ von

„oben“ warten, sondern die wichtigen Themen auch selbst „finden“ und umsetzen.

Nach nunmehr zehnjähriger Abwesenheit der FDP im Europäischen Parlament wird es immer deutlicher, dass die Bürger Europas mehr liberale Politik brauchen: 1. Für ernst gemeinten Bürokratieabbau. 2. Für die Europäische Verfassung, denn die muss Sache der Bürger werden. 3. Für die Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität und 4. für Transparenz und damit ein Verständlicherwerden der Europäischen Institutionen.

Nach dem Rücktritt des Bezirksschatzmeisters hat der Bezirksvorstand Johannes Winter zum kommissarischen Schatzmeister bestellt. Johannes Winter wird dieses Amt bis zur Wahl des neuen Bezirksschatzmeisters am 12. Februar innehaben. Ich danke ihm für seine Bereitschaft und wünsche ihm für die Aufgabe alles Gute.

Am 25.01.2004 findet ein weiterer Landesparteitag statt, der sich mit der Landessatzung befasst und auf dem Änderungsanträge erörtert und ggf. beschlossen werden. Der Bezirksvorstand Mitte wird hierzu am 14. Januar eine Delegiertenbesprechung der Landesparteitagsdelegierten zum Satzungsparteitag durchführen. Für den Bezirksverband Mitte geht es im Wesentlichen um die künftige Form der Listen der Wahlvorschläge zu den Wahlen zum Berliner Parlament (Bezirks- oder Landesliste), die Ausgestaltung des Domizilprinzips und Gremiengröße. Im Verlauf der Delegiertenbesprechung werden sich sicherlich noch weitere Themen, die für den Bezirk Mitte von Bedeutung sind, erörtert werden.

Eine Menge Arbeit wartet auf uns. Ich freue mich auf Ihre Teilnahme an Veranstaltungen der FDP-Mitte und hoffe, dass Sie uns auch im Wahlkampf unterstützen werden.

Harald Berzl (OV Friedrichstadt) ist Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte

<u>Aktuelle Mitgliederzahlen</u>			
Jahr (jeweils Dezember)	2001	2002	2003
Landesverband Berlin	2.865	2.896	2.746
Bezirksverband Mitte	344	382	397
OV Friedrichstadt	74	86	92
OV Oranienburger Tor	70	94	103
OV Tiergarten	87	109	101
OV Wedding	31	38	36
OV Wilhelmstadt	57	57	65

Gastkommentar

Berlin in Europa

von *Stefan Beißwenger*



Berlin hat Zukunft, aber Berlin braucht Mut - und eine klare Vision. Jedoch fallen Anspruch und Wirklichkeit vielfach noch immer erheblich auseinander. Gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik wird dies besonders deutlich.

Durch die Erweiterung der Europäischen Union nimmt die strategische Bedeutung Berlins als Ort des Zusammenwachsens der Teile Europas potenziell zu. Nirgendwo in Deutschland gibt es so viele Kenner osteuropäischer Staaten, Mentalitäten und Sprachen wie in Berlin. Die Chancen liegen dabei vor allem in jenen Feldern, in denen diese Stärken zum Tragen kommen – beispielsweise in der systematischen Vernetzung von Werbung, Medien und Kultur. Oder im gezielten Ausbau der Verbindungen von Messen, Kongressen, Tourismus, Hotels, Sport und Kultur. Eine dritte Entwicklungsmöglichkeit besteht im Ausbau Berlins zur Begegnungsstätte zwischen Ost und West im Herzen Europas und damit in einer systematischen Vernetzung zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Medien und Tourismus. Aber wir müssen diese Chancen auch nutzen, wir müssen diese Rolle auch wirklich wollen. Wir wollen diese Potenziale gezielt und integriert entwickeln, damit zukunftsfähige Arbeitsplätze auch bei unternehmensnahen Dienstleistern, Handwerkern und Freien Berufen entstehen können. Dies heißt aber auch: weg von der Subventionsmentalität - hin zu einer liberalen Bürgergesellschaft. Die finanziellen Mittel der Wirtschaftsförderung müssen in erster Linie zum Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur genutzt werden. Die bei der individuellen Förderung eingesparten Mittel müssen in die Finanzierung der Kernaufgaben wie Bildung, ausgewählte Bereiche der Kultur oder Infrastruktur fließen, um die fehlende Einzelförderung durch den Standortvorteil einer exzellenten Infrastruktur und dienstleistungsorientierten öffentlichen Verwaltung auszugleichen.

Berlin hat eine Perspektive und sollte sie nutzen. Wir Liberale werden dabei aktiv mitgestalten.

Stefan Beißwenger (BV Reinickendorf) ist Beisitzer im Landesvorstand der Berliner FDP, wirtschaftspolitischer Sprecher und Spitzenkandidat für die Europawahl.

Kommentar aus Mitte

Mut und Gradlinigkeit

von *Maren Jasper*



In Berlin war das politische Leben 2003 geprägt von Finanznot der Hauptstadt. Dies gipfelte in Aufstellung eines Haushalts, der auf Initiative auch der FDP vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurde. Die vorgesehenen Kürzungen im Hochschulbereich in Höhe von 75 Mio. Euro sind ein Paradebeispiel für die Perspektivlosigkeit der rot-roten Politik. Zu Recht haben die Studierenden protestiert: - eine Stadt, die auch auf Hochschulen als Standortfaktoren bauen muss, kann es sich nicht leisten, derart rigoros an den Universitäten zu sparen. Deshalb setzt sich die FDP dafür ein, die Einsparungen zurückzunehmen. Jetzt gilt es, für die von uns schon lange geforderte Autonomie der Hochschulen und eine größere Profilierung der Universitäten zu kämpfen. Denn diese sind letztlich der Schlüssel zu einer besseren Lehre und Forschung in Berlin.

Kulturpolitisch hat sich um die Opern ein Trauerspiel geboten. Die neu gegründete Stiftung, die die drei Opern unter einem Dach zusammenfasst, löst die grundsätzlichen Probleme nicht, ermöglicht allenfalls geringes Einsparpotential. Die Häuser bedürfen eigenen Profils. Und wenn die Besucherzahlen nur zwei Häuser auslasten, muss man fragen, ob sich Berlin drei staatlich finanzierte Opern leisten muss. Wir Liberalen müssen ohne Scheu ehrliche Fragen stellen und gradlinige Antworten geben. Dass Opern und Theater endlich aus dem Tarifrecht entlassen werden müssen, um Kapazitäten für die künstlerische Arbeit freizumachen, ist eine solche Forderung der FDP, die es umzusetzen gilt.

Mut und Gradlinigkeit sind auch im Bereich der Bürgerrechte notwendig. Wir sind die Bürgerrechtspartei und werden auch in Zeiten terroristischer Angriffe, die gerade eine Hauptstadt bedrohen können, fragen, ob getroffene und geforderte Maßnahmen zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus überhaupt effektiv sind oder sein können. Wir sind es, die sagen werden: Eingriffsbefugnisse, die zu keiner Verbesserung der Sicherheit führen, gehören abgeschafft.

Maren Jasper (OV Oranienburger Tor) ist Beisitzerin im Landesvorstand der Berliner FDP

Gastkommentar

Initiative statt Resignation

von *Martin Lindner*

Die Last des Schuldenbergs scheint die Stadt auf den Boden zu drücken bis zum Jüngsten Gericht, egal wie viele Zoos oder Opern Wowereit schließt, wie viel Schwimmbäder und Brunnen Rot-Rot trockenlegt.



Doch Resignation ist hier unangebracht, denn Berlin hat Potential. Die Finanzpolitik darf dieses Potential nicht abmähnen, die Schnitte müssen vielmehr - wie in einem Rosengarten - so angesetzt werden, dass sich die Stadt wieder in ihrer vollen Pracht entfalten kann.

Dazu ist notwendig, die Regelungsdichte massiv zu entschlacken und die gewaltigen Verwaltungsapparate auszudünnen. Vieles gehört abgeschafft, eine Reihe privatisiert: Von der Lebensmittelkontrolle über die Straßenreinigung bis zu den Gerichtsvollziehern reicht die schier uferlose Palette für liberales Schaffen. Nur so kann Personal drastisch und dauerhaft reduziert werden. Jobgarantien kann es in einer Stadt nicht mehr geben, in der die Verwaltung fast alle Einnahmen frisst.

Beschneiden ist das eine, Heggen das andere. Nicht Bergbau oder Bergluft machen Berlin attraktiv, sondern die starke Mischung aus Kultur, Wissenschaft und Urbanität zieht die Leute an. Wir dürfen unsere Bürger - und solche die es werden wollen - nicht vergraulen mit schlechten Schulen und Universitäten, die zu Bruchbuden verkommen. Wir müssen in Bildung investieren - in der Breite, aber auch wieder in der Spitze.

Sind solche Signale einer Genesung erst einmal gegeben, werden auch die Bürgerinnen und Bürger stärker Initiative und Verantwortung übernehmen wollen und können, Unternehmensgründungen wagen und sich für die Gemeinschaft engagieren. Dann werden wir den Zuzug von Kapital erleben, von finanziellem und humanem Kapital.

Dr. Martin Lindner MdA (BV Steglitz-Zehlendorf) ist Vorsitzender der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Gastkommentar

Zur Bürger-Metropole

von *Markus Löning*

Berlin - weltoffene Metropole mit vielen internationalen Besuchern und Bewohnern. Dynamischer Wirtschaftsstandort mit attraktiven Jobs für seine Bürger. Lebendiges Zentrum von politischer Diskussion. Vibrierende Kulturmetropole mit Ausstrahlung nach Europa und darüber hinaus. Herausragender Standort für Bildung und Wissenschaft mit globaler Vernetzung.



Der Weg zu diesem Berlin ist weit. Hier müssen weiter Freiräume geschaffen,

aber auch die nötigen öffentlichen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Im Hochschulbereich bedeutet das die Ausgliederung der Hochschulen aus dem System der öffentlichen Verwaltung und Verantwortungsübernahme durch die Hochschulen für die Ausgestaltung der Lehre. Auch Schulen muss mehr Entscheidungsfreiraum eingeräumt werden, denn sie wissen, was für ihre Schüler im jeweiligen sozialen Umfeld notwendig ist. Dennoch erfordert der Schulbereich staatliches Handeln - wir brauchen ein Bildungssystem, das jeden nach seinen Fähigkeiten und Begabungen fördert. Auch müssen wir unser Vor- und Grundschulsystem umstrukturieren: KiTa-Gebühren dürfen nicht die abschrecken, deren Kinder soziale Integration und den Spracherwerb am meisten brauchen.

Berliner Firmen brauchen deutlich weniger Staat. Ein Großreinemachen bei den Vorschriften ist genauso nötig, wie die klare Dienstleistungsorientierung der Verwaltung. Es ist eine Ausrichtung auf Branchen notwendig, die Zukunft haben und Jobs schaffen; für hochqualifizierte Arbeitnehmer wie für Berliner ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung.

Wenn Berlin eine lebenswerte und tolerante Stadt bleiben und werden soll, muss die Politik Chancengerechtigkeit und damit Perspektiven für alle gewährleisten.

Markus Löning MdB (BV Steglitz-Zehlendorf) ist stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner FDP

Kommentar aus Mitte

Privatisierung ist kein Selbstzweck

von *Martin Matz*



Der größte Erfolg der FDP bei der Abgeordnetenhauswahl 2001 waren nicht die 9,9% im Berliner Durchschnitt. Der größte Erfolg war, dass er nicht mehr auf einige erfolgreiche „bürgerliche“ Flecken auf dem Stadtplan begrenzt blieb. Eine FDP mit mehr als 8% im schwierigen Bezirk

Mitte, mit mehr als 5% im Schnitt der Ostbezirke – das war der Erfolg hinter der Zahl „9,9“.

Die Botschaft des reinen Kürzens, der radikalen Privatisierung ist kalt. Die Partei unsympathisch, die allein damit aufträte. Erfolglos außerhalb der „hübschen Ecken“ Berlins.

Dass beispielsweise die von mir immer wieder geforderte und dieses Jahr der Umsetzung näher kommende Krankenhausprivatisierung kein Selbstzweck ist oder gar dem Ärgern von bis zu 15.000 Krankenhausangestellten dient, muss genauso klar gemacht werden wie das Ziel selbst. Ein Berlin mit Hilfe für die Schwachen, mit genügend Kitaplätzen oder einem funktionierenden Nahverkehrssystem will erarbeitet sein – indem der Staat von den Aufgaben Abschied nimmt, für die er nicht gebraucht wird.

Und dieses Anliegen muss von einer sympathischen Partei vertreten werden, um erfolgreich zu sein – von einer Gruppierung, der man die Verbundenheit mit Berlin abnimmt: Berlin besteht nicht zuletzt aus Moabit, Kottbusser Tor und Soldiner Kiez. Zuviel Migration für eine integrationsfähige Mischung, zuviel Probleme mit Drogen und Verwahrlosung, zuwenig Arbeitsplätze und zuviel Abwanderungstendenzen.

Nur wer echtes Engagement auch in sozialen Problembereichen zeigt, wer sich um den Kitt kümmert, der eine Stadt zusammenhält, erarbeitet eine Perspektive für ein liberales Berlin.

Martin Matz MdA (OV Tiergarten) vertritt die FDP Mitte im Abgeordnetenhaus von Berlin und ist der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Fraktion

Gastkommentar

Gute Bildungspolitik für mündige Bürger

von *Mieke Senfleben*



Leitbild der Liberalen ist es, Berlin wieder zu einer wissenschaftlich, wirtschaftlich und kulturell prosperierenden Metropole zu entwickeln!

Der mühsame Weg dorthin gelingt nur, wenn wir Aufgaben des Staates konsequent in Frage stellen und neu definieren. Für unsere Schulen bedeutet dies konkret,

Eigenverantwortung der jeweiligen Einrichtung zu stärken. Die zentrale Verwaltung soll sich dann auf die curriculare Rahmensetzung, Finanzierung und Leistungsüberprüfung beschränken.

Wir wollen das Individuum in seiner Eigenverantwortung und Selbstbestimmung stärken. Berlin braucht mündige Bürger und Bürgerinnen, die um ihren Standort und um ihre Aufgaben wissen; die bereit sind, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Wesentlicher Faktor, wesentliches Potenzial ist in diesem Zusammenhang die Bildung!

In Berlin sind wesentliche Änderungen im Bildungssystem erforderlich. Zum einen muss dem Bedürfnis nach Bildung von Beginn an individuell entsprochen werden. Es kann nicht sein, dass bereits Grundschulkind „Null Bock“ auf Schule haben - was nämlich Gretchen nicht lernt, wird Grete nur sehr schwer begreifen! Zum anderen ist sicherzustellen, dass unsere Bildungseinrichtungen in ihrer Leistungsfähigkeit gestärkt werden. Eigenverantwortung der einzelnen Kita, der Schule, und der Hochschule, der Wettbewerb zwischen diesen Einrichtungen setzt die notwendige Kreativität und Energie aller Beteiligten frei, die wir so dringend brauchen, um die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt herzustellen!

Die Aufgabe der Politik wird es sein, unsere Bildungseinrichtungen auf diesem Weg zu begleiten, nicht zu gängeln!

Mieke Senfleben MdA (BV Reinickendorf) ist bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Kommentar aus Mitte

Kreativität anlocken

von *Tim Stuchtey*

Was kann man von Berlin schon in der Zukunft erwarten? Als Liberaler neige ich, den Kräften des Wettbewerbes zu vertrauen, das heißt, in bestehenden komparativen Vorteilen unserer Stadt die Kerne zukünftiger Entwicklung zu sehen. Wesentlicher Vorteil Berlins ist aus meiner Sicht dabei die Agglomeration von Wissenschaftsinstitutionen.



Die Kollegen von der SPD haben zwar nur eine vage Idee davon, was sie mit der Idee von Elite-Universitäten wollen, doch für die Detaillierung dürfen sie sich gerne bei den Konzepten der Berliner FDP bedienen. Seit vielen Jahren fordern wir, dass (mindestens) eine der Berliner Universitäten ein Leuchtturm in der internationalen Forschung werden muss. Das hätte eine Sog- und Anreizwirkung für alle anderen Wissenschaftsinstitutionen, die unsere Stadt glücklicherweise hat. Der Stadtteil Buch wäre ein Magnet für europäische Biotechnologie-Unternehmen, in Adlershof würde über die Umwidmung des Stadtparks in ein Gewerbegebiet gesprochen, weil nicht genügend Platz für die forschungsintensiven Unternehmen und Entwicklungsabteilungen aus den Bereichen Materialforschung, Informations- und Kommunikationstechnologie vorhanden ist, die sich hier niederlassen wollen. Pharma- und Medizintechnik-Unternehmen suchen die Nähe zur Charité in Mitte.

Finden die zahlreichen jungen Akademiker, die an Berlins Hochschulen studieren, auch einen interessanten Job in unserer Stadt, und kommen weitere aus dem In- und Ausland hinzu, so steigt die Konsumnachfrage, und die Dienstleister in Berlin haben wieder genügend Nachfrage, um auch jenen einen Arbeitsplatz anbieten zu können, die keinen Hochschulabschluss haben.

Berlin ist bei den jungen Spitzenkräften beliebt, weil durch die Sub- und Hochkultur in der Stadt das Leben hier eine hohe Attraktivität besitzt. Die kreativen Menschen aus aller Welt kommen gerne in eine tolerante, lebendige Stadt.

Dr. Tim Stuchtey (OV Tiergarten) ist Beisitzer im Landesvorstand der Berliner FDP und wissenschaftspolitischer Sprecher

Kommentar aus Mitte

Gedanken zu Berlin

von *Johannes Winter*

„Die Ideen laufen auf Liberale zu – die aber laufen weg“. So könnte man das Handeln mancher Parteifreunde, auch aber nicht nur in der Bundestagsfraktion, beschreiben. Eigentlich ist die Oppositionszeit eine heilsame Zeit für eine Partei: Kräfte können gesammelt werden, Programmatik wird verbessert und geschärft, Neumitglieder werden gewonnen: Eine Vorbereitung auf jene Zeit, wo man aus Sach- und Koalitionszwängen von den heheren Zielen auch mal abweicht.



Wir haben in Berlin alles, was man zu guter Parteiarbeit braucht: Einen Landes- und einen Fraktionsvorsitzenden, die sich nicht scheuen, sich zu klaren ordnungspolitischen Ideen zu bekennen. Wir haben viele Sachkundige und vor allem ein großes Potenzial an jungen Mitgliedern.

Und nicht nur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik lägen die Bälle für uns auf dem Elfmeterpunkt, auch im Bereich der seit dem Koalitionswechsel 1982 stiefmütterlich behandelten Bürgerrechte. Unbemerkt von der liberalen Bundestagsfraktion hat Otto Schily schon vor den Terroranschlägen sukzessive Bürgerrechte eingeschränkt. Wir sollten uns hier anders positionieren als die Parteifreunde in Niedersachsen, wo das Polizeigesetz unter Mitwirkung der Liberalen verschärft wurde.

Eine Gedankensperre ist noch in den Köpfen vieler: Bürgerrechte werden – nicht zuletzt aufgrund des Engagements der Überbleibsel des „Freiburger Kreises“ – mit einer weichen, staatsgläubigen Sozialpolitik verbunden. Dabei kann man guten liberalen Gewissens nur Ordnungspolitiker und Vertreter der Bürgerrechte zugleich sein!

Wir sollten die FDP und das Land anstecken mit den Ideen einer freien Marktwirtschaft und den Bürgerrechten. „Fast nie kommt der Mensch aus Vernunft zur Vernunft.“ sagte Montesquieu. Dafür brauchen wir die FDP!

Johannes Winter (OV Oranienburger Tor) ist stellvertretender Bezirksvorsitzender der FDP Mitte und Landespressesprecher der Berliner FDP

Aus dem Abgeordnetenhaus

Opposition auf Abwegen?

von *Martin Matz*

Die Unterbrechung der Haushaltsberatungen war ein Erfolg der Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus, ein Erfolg von Abgeordneten aus CDU, FDP und Grünen. Sie hatten die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes ausgelöst, der den vergangenen Haushalt für verfassungswidrig erklärt hatte. Ein Erfolg?



Berlin darf sich zwar aufgrund der extremen Haushaltsnotlage über die Höhe der Investitionen hinaus verschulden, aber nur zur Erfüllung bundesgesetzlicher Verpflichtungen und Vorgaben der Landesverfassung. Ausgaben müssen Teil eines Sanierungsplanes sein.

Transferansprüche nach dem Sozialhilfegesetz oder dem Kinder- und Jugendhilfegesetz sowie die Personalausgaben des Landes binden große Teile des Haushalts und bleiben auch nach der Entscheidung kurzfristig weitgehend unantastbar.

Zuwendungen an freie Träger, darunter vielfach Unterstützungen für bürgerschaftliches Engagement sind dagegen ungeschützt. Teile der Kulturförderung, Zuschüsse für die Zoos oder Widerstand gegen Hochschulkürzungen stehen auf wackligen Füßen – vorsichtig ausgedrückt. Für die meisten dieser Ausgaben vermag der Senat keine wasserdichte Begründung zu liefern und kürzt dennoch nicht oder wenig, gottseidank. Alles andere wäre eine dramatisch falsche Schwerpunktsetzung. Die Vorsitzenden aller drei Oppositionsfraktionen bestehen aber ausdrücklich darauf, auch den neuen Haushalt wieder vor das Verfassungsgericht zu zerren. Mit welchem Ziel? Irgendjemand ist in Gefahr, sich zu vergaloppieren – und diesmal scheint es nicht die Koalition zu sein.

Diese Kolumne handelt meist von Versäumnissen und Fehlern des Senats. Glaubwürdige Kritik entsteht allerdings durch konsistente Positionen der Opposition. Der Haushaltsentwurf der rot-roten Koalition verdient eine politische Auseinandersetzung, ein neuerlicher Zug vor das Verfassungsgericht träfe vor allem die Schwerpunkte vernünftiger Haushaltspolitik.

Martin Matz MdA (OV Tiergarten) vertritt die FDP Mitte im Abgeordnetenhaus von Berlin und ist unter fdp@martinmatz.de erreichbar

Aus der Landespartei

Zwischen den Parteitag

von *Tim Stuchtey*

Im Mittelpunkt der Arbeit des Landesvorstands standen in den letzten Wochen die Vor- bzw. Nacharbeitung der Landesparteitage bzw. der Landesdelegiertenversammlung am 28./29.11. und 25.01. Daneben galt es, den Europatag am 17.01 vorzubereiten und das Mammutprojekt „Berliner Freiheit“ weiter voranzutreiben. Aber der Reihe nach:



Als Spitzenkandidat der Berliner Liberalen wird Landesvorstandsmitglied Stefan Beißwenger ins Europa-Rennen gehen. Um ihm einen aussichtsreichen Platz auf der Bundesliste zu ermöglichen, sind die bundesweit vernetzten Mitglieder des Landesvorstands und andere Parteifreunde dabei, für ihn in den anderen Landesverbänden zu werben. Daneben gilt es aber auch, den von Markus Löning und Maren Jasper vorbereiteten und vom Landesparteitag verabschiedeten Europa-Antrag mit seinen Kernaussagen in das Europa-Programm der Partei eingehen zu lassen.

Auf dem Parteitag wurde auch nach mehrjähriger Diskussion eine neue Landessatzung verabschiedet, die sichergestellt, dass die FDP in Berlin weiterhin an Wahlen teilnehmen kann. Über die parteiintern strittigen Punkte wird auf dem Parteitag am 25.01 entschieden, wo insbesondere darüber zu diskutieren sein wird, wie die Kandidaten zu Abgeordnetenhauswahlen aufgestellt werden und ob wir unsere Gremien der Größe unserer Partei anpassen wollen. Darüber hinaus gilt es, die Ortsvorstände aufzuwerten und ihre Amtszeiten denen der meisten anderen Gremien auf zwei Jahre anzupassen. Entsprechend lautende Anträge hat der Vorstand für den Landesparteitag mit Hilfe von Gabi Heise vorbereitet.

Im Rahmen der Programmarbeit („Berliner Freiheit“) finden seit Ende des Jahres öffentliche Veranstaltungen zu Themen wie Schule, Wissenschaft und Justiz statt.

Ferner hat der Landesvorstand sich erneut mit dem zentralen Beitragseinzug durch LIPS beschäftigt. Als Ergebnis hat die Landesschatzmeisterin ihre Kollegen aus den Untergliederungen eingeladen, um Probleme in der Zusammenarbeit mit LIPS zu sammeln und gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten.

Dr. Tim Stuchtey (OV Tiergarten) ist Beisitzer im Landesvorstand der Berliner FDP

Berichte aus Mitte

Mitte New Media

von *Ingo Kamps*

Pünktlich zum Beginn des Jahres haben der Bezirksverband Mitte und die BVV Fraktion ihre Webauftritte erneuert. Diese bieten Pressevertretern, FDP-Mitgliedern und Interessenten unter www.fdp-mitte.de u. www.fdp-fraktion-mitte.de übersichtlich präsentiert alles Wissenswerte.

Im Fokus: handfeste Informationen zur Antrags- und Pressearbeit. Die Beschlüsse und Pressemitteilungen werden nach Themen und Datum sortiert aufgelistet und können jederzeit nachgelesen werden. Alternativ kann auch die jeweilige .pdf-Datei heruntergeladen und ausgedruckt werden. Bei der Gestaltung der Seiten wurde größter Wert auf klare Benutzerführung gelegt. Und das ist offensichtlich gelungen - denn das bisherige Feedback ist äußerst positiv." Neue Besucher der Webpräsenz finden sich schnell zurecht und kommen direkt zur gewünschten Information.

Eines der Herzstücke beider Websites: der detaillierte Terminkalender. Neben den Terminen des Bezirks können auf beiden Präsenzen auch sämtliche BVV-Termine und die wichtigsten Veranstaltungen des Landesverbands auf einen Klick abgerufen werden. Bei den Buttons "Fraktion", "Vorstand" und „Bezirksausschuss“ werden die jeweiligen Protagonisten vorgestellt. Auch die Vorstände der Ortsverbände werden präsentiert. Kategorien wie Links oder Downloads runden die beiden Angebote ab.

Informationen im Internet müssen heutzutage aktuell, schnell verfügbar und leicht aufzufinden sein - daher werden neue Anträge oder Pressemitteilungen jederzeit zeitnah nach ihrem Beschluss bereits abrufbar sein. Die Optimierung der Suchmaschinenpositionierung wird im nächsten Schritt in Angriff genommen.

Treffpunkt Schlossplatz

von *Bernhard Elias*

War etwas anderes zu erwarten? Ein Wilhelm von Boddien, wie er seit Jahren auf allen Ebenen trommelt und rührt; ein Auditorium von rund 50 Personen, das es eigentlich nicht mehr zu überzeugen galt. Und trotzdem, auch wenn Konzept und Argumente schon neun Mal gehört wurden, beim zehnten Mal sind sie weiterhin spannend und mitreißend. Denn den scheinbaren Stillstand

in der Schlossbaudiskussion nach der Wiederaufbau-Entscheidung des Bundestages gilt es kritisch zu begleiten – und mit Argusaugen zu beobachten. Und das tut der Vorsitzende des Fördervereins Berliner Schloss e.V. wach wie eh und je, mit immer neuen Argumenten auf die immer wieder neu aufgeworfenen Fragen und Gegenargumente. Ihm folgten die anwesenden Mitglieder der FDP und der Gesellschaft Historisches Berlin, die am 02.12. ins von protestierenden Studenten umtoste Rote Rathaus gekommen waren.

Politisch ist die Frage bereits entschieden. Dennoch: Immer wieder taucht Skepsis am Konzept der Rekonstruktion auf. Nur durch das wiederholte Einschwören auf den Blick nach vorne konnte verhindert werden, dass die bisherige Schlossdebatte wiederholt wurde, statt sich um die nun anstehenden Fragen und Aufgaben wie z.B. Nutzungskonzeption und Finanzierung zu kümmern.

Eine Entsprechung findet diese Diskussion in der aktuellen Frage nach dem Umgang mit dem Palast der Republik in der Zeit bis zu dessen Abriss. Die Initiative „Zwischenpalastnutzung“ von namhaften Künstlern (u.a. Amelie Deuffelhardt, Peter Mussbach und Volker Schlöndorff) hatte den Vorschlag gemacht, den verbliebenen Rohbau bis zum Abriss verschiedenen kulturellen Gruppen zur Nutzung zu überlassen. Ein guter Vorschlag, der vor allem der von der Berliner Kulturpolitik besonders gebeutelten freien Szene eine wunderbare Spielwiese bietet. Der Publikumserfolg ist ihnen sicher, ein Finanzierungsmodell gibt es dafür auch schon. Doch genau darauf setzen die Initiatoren, denn letztlich geht es ihnen um den Erhalt und die Wiederherstellung des Palasts der Republik insbesondere in seiner konzeptionellen Funktion als zentraler, großer, allen zugänglicher Kulturort.

Mit ihrer Vision sind sie dabei gar nicht so weit weg von den Plänen, die die Befürworter des Wiederaufbaus hegen. Letztere jedoch heben den Blick über ihren Tellerrand und fragen nicht nur nach der kulturellen, sondern auch nach der historischen und städtebaulichen Dimension des Projekts. Und da wird sehr schnell deutlich, dass es zum Wiederaufbau keine Alternative gibt: sowohl hinsichtlich der Kubatur als auch hinsichtlich der Fassade und ihrer Ausstrahlung in diesen zentralen Stadtraum – dem Zentrum einer europäischen Metropole.

Hinsichtlich der Nutzung besteht breiter Konsens, dass das Lehmannsche Modell eines Kulturzentrums mit Museum, Bibliothek und

Veranstaltungsräumen (dem sogenannten Humboldt-Forum) der Bedeutung und Funktion des Ortes am besten Rechnung trägt. Wert wird darauf gelegt, dass es sich dabei nicht nur um eine ausschließlich touristische Sache handeln sollte, sondern ausreichend Elemente integriert werden müssen, die das Schloss auch zu einem Bestandteil des urbanen Lebens werden lassen.

Zentrale Probleme sind weiterhin die Kosten. Derzeitige Schätzung: insgesamt rund 670 Mio. €. Das Lösungsangebot des Schloss-Vereins sieht eine Mischfinanzierung aus privatem und öffentlichem Anlagekapital und Spenden vor, wobei die „Kür“, die Fassade und die Rekonstruktion von Ornamentik und Bildsprache über Spenden, der Rest – die „harten“ Baukosten – über ein Investorenmodell bzw. einen Fonds mit öffentlicher und privater Beteiligung abgedeckt werden sollen. Von Boddien unterstreicht, man angesichts der knappen Haushaltslage nicht auf Kosten anderer Zuwendungsempfänger „kannibalisieren“ wird, sondern als Erwirtschaftungsmodell vor allem in Wettbewerb mit anderen Kapitalgesellschaften treten wird. Ebenso im Betreiber-Bereich: Unterstützung gibt es bereits u.a. durch die Berliner Hotellerie, Widerstand regt sich bei SPD und PDS. Argument: Auslöschung einer Identität stiftenden Institution für ostdeutsche Bürger. Aber da wird wohl eher mit nostalgischen Klischees gearbeitet, die bei Rückfragen unter Ex-DDRlern nicht vorhanden sind.

Nachdem bisher die Diskussion – mit Ausnahme der spektakulären Fassadenverkleidung 1993/1994 – am grünen Tisch stattgefunden hat, soll das Projekt für alle noch plastischer werden. Dazu wird im Sommer 2004 eine Infobox auf den Schlossplatz montiert. In ihr werden das architektonische und das Nutzungskonzept („Humboldt-Forum“) vorgestellt, werden Architekturmodelle und Ausstellungs- sowie Museumskonzepte zu sehen sein.

Ein Phänomen macht sich bei den Veranstaltungen der Schloss-Freunde mit Herrn von Boddien immer breit: Die stetig anwachsende Zahl der Probleme und Herausforderungen einerseits, und die Zahl der Lösungsmöglichkeiten dafür andererseits. Was für ein ungeheuerliches Unterfangen dem Projekt auch immer wieder aufgebürdet wird, stets scheinen die Schlossfreunde eine Lösung dafür zu haben – zuletzt mit der Rechnung: bei einem Bedarf von 80 Mio. € für die Fassade und den traditionellen Dekor brauchen nur 200.000 der 3,65 Mio. Einwohner Berlins einmalig 400 € zu spenden. Klingt doch einfach, oder?

Personalien

(au) Am Neujahrs-Brunch des OV Wilhelmstadt konnte die Ortsvorsitzende **Violetta Hartmann** neben anderen Gästen auch die jüngst vom OV Friedrichstadt in ihren OV gewechselte Bezirks-Pressesprecherin **Martina Rozok** begrüßen. Außerdem wechselte Pinkwart-Büroleiter **Rudi Hielscher**, Ex-Tiergarten, in den Ortsverband Oranienburger Tor.

(au) Als auf einer abendlichen Sitzung des Bezirksvorstandes im Neuen Stadthaus die Mitarbeiterin unserer BVV-Fraktion **Manuela Grafe** großzügig leckeres Backwerk darreichte, welches bei einer Fraktionssitzung übrig geblieben war, freute sich LC-Chefredakteur **Nils Augustin** (Oranienburger Tor) über die „Steuer-Donuts“ – und wurde von dem Fraktionsvorsitzenden **Henner Schmidt** (Friedrichstadt) zurechtgewiesen: Die Kringel waren über die Kaffeekasse von den Fraktionsmitgliedern persönlich bezahlt.

(wi) Ist die Friedrich-Naumann-Stiftung, Flaggschiff des Liberalismus in Deutschland, ihrer Zeit nicht nur programmatisch voraus? Auf Seite 28 des Programmhefts 2004 wird **Martin Matz** MdA (Tiergarten) jetzt als Vorsitzender der FDP Berlin-Mitte geführt.

(au) Der FDP-Landesverband Hamburg, dem am 29. Februar Bürgerschaftswahlen ins Haus stehen, hat ganz frisch den 34-jährigen Rechtsanwalt **Leif Schrader** zum neuen Landesvorsitzenden gewählt; der Landesparteitag beschloss zugleich die Forderung nach Cannabis-Legalisierung (wie zuvor schon unsere Berliner AH-Fraktion und der BV Mitte). Auch ansonsten waren die Elbliberalen angenehm aufgefallen: Fraktionschef **Burkhardt Müller-Sönksen** hatte erreicht, dass sich die Hansestadt im Bundesrat beim verfehlten rot-grün-schwarzen „Gesundheitsreförmchen“ wegen der ablehnenden Position der Bundes-FDP der Stimme enthielt.

(au) Namen, ein individuelles Markenzeichen. So legen die Parteifreunde **Kurt M. Lehner** (Tiergarten) und **Bernhard S. Elias** (Wilhelmstadt) Wert auf ihr Mittelinitial, und der gebräuchliche Spitzname für **Johannes Winter** (Oranienburger Tor) wird „Jonny“ geschrieben, nicht „Johnny“ – unklar dagegen, ob **Gabriele Heise** (Friedrichstadt) „Gaby“ oder „Gabi“ heißt. Ein Parteiausschlussverfahren ist angebracht, wenn ein Mitglied den Namen von **Günter Rexrodt** (Charlottenburg-Wilmersdorf) nicht buchstabieren kann, oder wenn **Martin Matz** mit dem Stürmer von Hansa Rostock, Martin Max, verwechselt wird.

Leserbriefe

von Nils Augustin (OV Oranienburger Tor)

Zur beschaulichen Neujahrszeit erlaubt sich der Chefredakteur, sich quasi selbst einen Leserbrief zu schreiben – zum Thema des zweiten Satzungsparteitages der Berliner FDP am 25 Januar.

Ein wichtiger Punkt: Einführung der Erstellung von Wahllisten auf Landesebene statt wie bisher per Bezirkslisten; hilfsweise soll der Landesparteitag im Einzelfall mit einfacher (bzw. qualifizierter) Mehrheit entscheiden, wie wir die Liste aufstellen. Für die Landesliste spricht insbesondere, dass sie besser geeignet ist, eine gleichbleibend hohe Qualität unserer Kandidaten zu gewährleisten (wie wir sie etwa von Martin Matz kennen); im Übrigen dürfte unser Bezirksverband Mitte dabei eher gewinnen als verlieren.

Ein weiterer Punkt: Verkleinerung des Landesvorstandes. Der will das selbst, um seine Operationsfähigkeit zu verbessern. Wer würde sowas nicht unterstützen?

Ein dritter Punkt: Zum Ansinnen des Landesvorstandes, die Zahl der Delegierten des Landesparteitages drastisch zu verringern, sind auch im BV Mitte dezidiert unterschiedliche Meinungen. Ich hielte solch Verkleinerung für einen Fehler.

Richtig ist, dass die Delegiertenzahl im Rahmen der Wiedervereinigung erhöht wurde, um zusätzliche Delegierte der neuen Ost-Bezirke aufnehmen zu können, ohne bei den "alten" Bezirken zu streichen. Richtig ist auch, dass sich diese Ratio durch das nach der Vereinigung in allen Parteien erfolgte Schrumpfen der Zahl von Ost-Mitgliedern weitgehend erledigt hat. Richtig ist schließlich auch, dass der Verband ein wenig Geld spart, wenn er die Zahl der Landesparteitags-Delegierten verringert.

Diese Perspektive übersieht aber, dass Landesparteitage für viele Mitglieder, welche keine Parteiämter vom Bezirksvorstand aufwärts bekleiden, ein wesentliches Element der Partizipation an der Gestaltung liberaler Landes- und Bundespolitik sind. Ferner, dass Landesparteitage für solche Mitglieder ein wesentliches Element des bezirksübergreifenden persönlichen Kennenlernens und Gespräches sind. Schließlich, dass die Legitimation inhaltlicher wie personeller Entscheidungen mit "Wegrationalisierung" leidet.

Ich wünsche mir eine lebendige Berliner FDP, welche engagierten Mitgliedern auch auf Landesebene Raum bietet. Und ich bin der Meinung, dass es gerade dem Bezirksverband Mitte mit einer großen und wachsenden Zahl an jungen, engagierten Mitgliedern zukäme, sich klar gegen ein Verständnis der FDP als Funktionärs-Partei zu wenden. Unser LV Berlin hat mehr Landesparteitags-Delegierte pro Mitglied als andere Landesverbände. Na und? Wir binden die Mitglieder ein, und das ist gut so. Andere sollten sich an uns orientieren, nicht umgekehrt.

Exekution politischen Willens hat zuerst Maßstäben von Effektivität und Effizienz zu folgen, wie es Knut-Michael Wichalski und Hans-Jürgen Beerfeltz (beide aus dem BV Mitte) als Landes- bzw. Bundes-Geschäftsführer der FDP trefflich beherrschen. Die Bildung kollektiven politischen Willens aber setzt in einer demokratischen – und insbesondere einer liberalen! – Partei auch seriöse, möglichst breite Diskussion und Entscheidungsfindung voraus. Da kann Plauderei im Ortsverband den Landesparteitag nicht ersetzen.

Richtiger schiene es, vielmehr eine Vergrößerung der Bezirksausschüsse anzugehen (oder diese gar zu Gunsten von Bezirks-Mitgliederversammlungen abzuschaffen) – die Mitgliederzahl von je 21 ist für große Bezirksverbände wie Mitte grotesk.

Liberaler Unternehmer in Mitte: **Martina Rozok**



Martina Rozok ist als PR- und Marketingberaterin auf die Immobilienwirtschaft fokussiert. Zu ihren Kunden gehören namhafte Projektentwickler, geschlossene und offene Fonds, Beratungsunternehmen, immobilienwirtschaftliche Lehrstühle und Verbände. Neben der klassischen Öffentlichkeitsarbeit arbeitet sie im Bereich Public Affairs, sprich bei der Vertretung politischer Interessen ihrer Kunden in Berlin. Rozok ist von Haus aus Journalistin, hat auf der Axel-Springer-Journalistenschule gelernt; arbeitete als Redakteurin bei „Bild“ - in die Immobilienwirtschaft kam sie als Pressesprecherin des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen. In der FDP seit 2000 in Mitte aktiv unterstützt Martina Rozok den Bezirk und die FDP-BVV-Fraktion im Bereich PR. Zudem ist sie als Mitglied im Bundesvorstand der Liberalen Frauen und im Verband Deutscher Unternehmerinnen aktiv.

Termine

Januar 2004

- 12.01 19.30h OV Wedding: **Mitgliederversammlung** – Thema: Vorbereitung des 2. Satzungspar-
teitages am 25. Januar – im Rathaus Wedding, Raum 422
- 13.01 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Scheselong (Wilsnacker Str. 61)
- 14.01 19.00h BV Mitte: **Besprechung der Landesparteitags-Delegierten** – Thema: Landespar-
teitag am 25.01. – im Rathaus Tiergarten, ehem. BVV Saal
- 19.01 18.00h Humboldt Institution on Transatlantic Issues : **Eröffnungsveranstaltung** – Vortrag:
Otto Graf Lambsdorff – Kinosaal der Humboldt-Universität (Unter den Linden 6).
Zusage per E-mail an james.griffin@hu-berlin.de oder per Fax: 030 - 2093 2447
- 20.01 20.00h OV Friedrichstadt: **Jahreshauptversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 20.01 LV Berlin: **Landesausschuss**
- 25.01 LV Berlin: **Außerordentlicher Landesparteitag** - Thema: Satzung des Landesver-
bandes Berlin der FDP
- 26.01 BV Mitte: **Vorstandssitzung**
- 26.01 19.00h OV Wilhelmstadt und Liberales Wirtschaftsforum Berlin: **Veranstaltung** – Thema:
Mittelstandsfinanzierung nach Basel II – Infos unter fdp-wilhelmstadt@web.de
- 27.01 20.00h BV Mitte: **Liberaler Stammtisch Mitte** in der Schinkelklausen, im Keller des Opern-
palais (Unter den Linden 5)

Februar 2004

- 03.02 19.30h OV Tiergarten: **Jahreshauptversammlung** – Infos peter.pawlowski@fdp-mitte.de
- 04.02 19.00h OV Wedding: **Jahreshauptversammlung** im Rathaus Wedding, Raum 422
- 09.02 20.00h OV Wilhelmstadt: **Jahreshauptversammlung** im you're welcome (Große Hambur-
ger 15-16)
- 10.02 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Scheselong (Wilsnacker Str. 61)
- 10.02 20.00h OV Oranienburger Tor: **Jahreshauptversammlung** – Infos gibt es unter
johannes.winter@fdp-mitte.de
- 10.02 20.00h OV Friedrichstadt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 12.02 BV Mitte: **Jahreshauptversammlung des Bezirksausschusses** – dabei u.a. Nach-
wahl des Schatzmeisters

Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de

Der Bezirksvorstand gratuliert der Vorsitzenden des OV Wilhelmstadt, **Violetta Hartmann**, zur Vermählung und wünscht ihr und ihrem Ehemann, dem Ortsverbands-Schatzmeister **Stefan Dost**, eine glückliche Ehe.

Ferner gratuliert der Bezirksvorstand dem Vorsitzenden des OV Friedrichstadt, **Jan Losemann**, zur Geburt von Sohn David am 24.12.2003. Möge der Kleine seinen Eltern viel Freude bereiten.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.